

Ein „neues Normal“? Was wir aus der Pandemie lernen können

Vortrag auf den CaSU-Fachtagen 2021

26. November 2021

Jan Wetzel, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

EINLEITUNG

Herzlichen Dank für die Einladung. Mein Name ist Jan Wetzel, ich bin Soziologe am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und an der Technischen Universität in Dresden. Zum Wissenschaftszentrum: Wir sind ein großes sozialwissenschaftliches Institut in Berlin, mit etwa 150 Wissenschaftlern aus der Soziologie, Politikwissenschaft, der Rechtswissenschaft und der Psychologie. Ende der 1960er als – heute würde man sagen – Think Tank gegründet zur „problemorientierten Grundlagenforschung“ gesellschaftlicher Entwicklung. Entsprechend beschäftigen wir uns mit Fragen der Entwicklung der Demokratie, mit den sozialen Folgen der Digitalisierung, oder den gesellschaftlichen Herausforderungen bei der Verkehrswende.

Insbesondere im letzten Jahr habe ich mich mit der Krise im Rahmen der Vermächtnisstudie auseinandergesetzt, einer repräsentativen Befragung, die wir zusammen mit infas aus Bonn und der ZEIT durchführen. Darin fragen wir nach Wünschen und Prognosen für die Zukunft – und zwar abhängig davon, wie man sein eigenes Verhalten im Vergleich zu anderen bewertet. Ein Thema, was wir spätestens seit den leeren Regalen im Supermarkt ja allzu gut kennen. Darüber hinaus – und daraus werde ich für den heutigen Vortrag vor allem schöpfen – habe ich am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung ein digitales Kolloquium mit ins Leben gerufen, das von Jutta Allmendinger und Armin Nassehi, die sie vielleicht aus den Medien kennen, geleitet wird. In diesem versuchen wir, in kurzen, knackigen Vorträgen, der aktuelle soziologische Forschung zur Pandemie eine Bühne zu geben. Sowohl für den innerfachlichen Austausch, als auch für das interessierte Publikum. Wir haben inzwischen über 100 Vorträge, die aktuelle Reihe läuft noch bis Februar. Aber damit genug zum Werbeblock.

Meine Ausführungen werden etwas spekulativ sein, aber vielleicht manche Debatten zusammenführen, und hoffentlich eine Anregung sein. Ich möchte sie unter die These stellen, dass wir in den letzten zwei Jahren wiederentdeckt haben, oder wiederentdecken mussten, was es bedeutet, in einer Gesellschaft zu leben. Was meine ich damit? Ich habe manchmal das Gefühl, wir haben ein bisschen den Sinn für das Soziale verlernt. Gesellschaftliche Entwicklungen erscheinen als bloße Summe von Einzelentscheidungen. Und die Gesellschaft selbst ist dann nur das mehr oder weniger lose Nebeneinander vieler „kleiner Wirs“. Wir machen die Erfahrung, dass die Gesellschaft in unzählige Kleingruppen zerfällt.

Was manchmal als natürliche Entwicklung von immer diverseren Gesellschaften erscheint, ist so natürlich aber nicht. Es ist ein politisches Programm gewesen. So markant wie kaum jemand anders hat sie Margeret Thatcher 1987 in einem Interview, als sie sagte: „Ich denke, wir haben eine Zeit durchlebt, in der zu vielen Kindern und Menschen zu verstehen gegeben wurde: "Ich habe ein Problem, es ist die Aufgabe der Regierung, damit fertig zu werden!" oder "Ich habe ein Problem, ich werde hingehen und einen Zuschuss bekommen, um damit fertig zu werden!" "Ich bin obdachlos, die Regierung muss mich unterbringen!" und so werfen sie ihre Probleme auf die Gesellschaft und wer ist die Gesellschaft? So etwas gibt es nicht! Es gibt einzelne Männer und Frauen und es gibt Familien, und keine Regierung kann etwas tun, außer durch die Menschen, und die Menschen kümmern sich zuerst um sich selbst.“

Der Kernsatz ist hier, in der Originalformulierung: „There is no such thing as society, only individual men and woman and their families“. So etwas wie eine Gesellschaft gibt es nicht, nur individuelle Menschen und ihre Familien. Was sich in dieser Formulierung ausdrückt, ist ein negatives Freiheitsverständnis. Freiheit als Freiheit *von* Eingriffen anderer, insbesondere staatlicher. Das entbindet den Staat von seiner Verpflichtung, Bedingungen zu schaffen, unter denen das einzelne Leben gelingen kann. Umgekehrt kann man sich nicht beschweren – wenn etwas nicht gelingt, hat man sich einfach nicht um sich selbst gekümmert.

GLOBALISIERUNG

De facto ist der Einzelne in vielen Fällen nicht ermächtigt, sondern verängstigt worden. Wie kaum etwas anderes steht die „Globalisierung“ dafür. Bei uns, wie das auch international war und ist, seit den 1980ern unter Kohl. So richtig kam das mit der rot-grünen Bundesregierung nach der Bundestagswahl 1998. In Erinnerung geblieben ist mir ein Artikel, über den ich vor einer Weile bei einer Recherche gestoßen bin. Gerhard Schröder schrieb 1997 im Spiegel gegen den „Luxus der Langsamkeit“ und für eine moderne Wissenschaftsgesellschaft, für Innovation an:

„Nicht die Globalisierung ist das Problem, sondern der zähe Diskurs darüber. Wir haben die Chance, uns zu entscheiden, ob wir im Prozeß der Globalisierung Hammer oder Amboß sein wollen. Die Globalisierung eröffnet uns, sofern wir uns richtig darauf einstellen, auch viele Optionen.“ Diese „Optionen“ haben dann die letzte echte Reformphase in Deutschland eingeleitet, die inzwischen selbst historisch geworden ist. Auch, wenn sich Schröder ansonsten in dem Text bemüht, positiv, nach vorn gerichtet, über Innovationen, Aufbruch etc. zu sprechen – und damit ja erfolgreich war – hinterlässt die martialische Sprache einen bitteren Beigeschmack.

Gesellschaft erscheint hier, das ist das deutsche Modell, als eine Gemeinschaft der Angst. Es geht darin darum, dazuzugehören, Hammer zu sein – oder nicht, als Amboss die Schläge des Hammers der Globalisierung ertragen zu müssen.

Mit Ängsten wie diesen und Schamkampagnen gegen Arbeitslose konnte man Reformen wie die Etablierung des größten Niedriglohnssektors Europas, den Umbau der Arbeitslosenhilfe von Fördern auf Fordern u.a. umsetzen. Die weiteren Stichworte sind bekannt: Der Arbeitskraftunternehmer der Ich-AG, der Resilienz-Diskurs, das stetige Networking.

Dass sie mich nicht missverstehen: Für all das gab es in den 1990ern gute Gründe. Die politische Situation war eine andere. Das heißt übrigens nicht, wie das oft gesagt wird, dass es einen Kahlschlag insgesamt gegeben hätte. Die Staatsquote, und auch die Sozialquote ist immer noch hoch, in der Bundesrepublik so hoch wie nie zuvor. Die Rede vom „kleinen Staat“, vom Kaputtsparen ist in dieser einfachen, wengleich populären Form also falsch.

ZWANGSSOLIDARITÄT

Die Veränderung ist also anders zu fassen, und zwar in einem damals neuen Verhältnis zum Staat. Eines, das den Einzelnen in die Pflicht nimmt mit der Behauptung, dass wir ansonsten keine Chance haben auf dem Weltmarkt. Die Deutschland-AG.

Oft ist das als Entsolidarisierung beschrieben worden, und das ist nicht falsch. Aber auch eine Umdeutung von Solidarität. Sie ist zwar technisch da, man lässt niemand einfach so im Regen stehen. Aber Unterstützung ist abhängig von starker sozialer Kontrolle. Am stärksten im Hartz-IV-Regime, in dem potentiell das gesamte Leben zur Entscheidungsgrundlage gemacht werden kann, ob Leistungen bewilligt werden oder nicht. Man kann von einer Staatlichkeit des Misstrauens sprechen.

Auch bei denen, die Arbeit haben, ändert sich etwas. Im jetzt erst in diesen Tagen erschienenen Verteilungsbericht des gewerkschaftsnahen WSI wird das noch einmal sehr gut gezeigt. Seit den Reformen in den 1990er Jahren ist die Einkommensungleichheit deutlich angestiegen, ebenso die Sorge um den Arbeitsplatz, und damit Zukunftsängste.

Ab Mitte der 2010er Jahre sinkt die Ungleichheit leicht – und zwar durch Lohnzuwächse in der Mittelschicht. Die Ängste jedoch sanken sehr viel weniger. Bettina Kohlrausch interpretiert das so, dass die rein ökonomischen Kennzahlen sich entkoppelt haben von Wahrnehmung. Das Einkommen steigt, die Ungleichheit sinkt sogar messbar, aber das verleiht einem nicht die Sicherheit und die Zuversicht beim Blick in die Zukunft. Anders gesagt: Die Arbeit verliert in der Wahrnehmung ihre

Funktion als großer gesellschaftlicher Integrator, sie kann nur bedingt ein Vertrauen in die Zukunft geben.

KRISE DER REZIPROZITÄT

Solche Entkopplungen sind es, die der frz. Soziologe und Politikwissenschaftler Pierre Rosanvallon als eine Krise der Reziprozität diagnostiziert hat.

Ich denke, das Maß, in dem die meisten Menschen Dinge ertragen und zu leisten bereit sind, völlig unterschätzt wird. Aber, und das zeigen etwa Studien, die das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung seit vielen Jahren zum Gerechtigkeitsempfinden durchführt: Diese Bereitschaft fußt auf einem Gefühl, dass es im Großen und Ganzen gerecht zugeht. Und hier an vielen Stellen Risse: Was Ungleichheit angeht, die nicht auf ungleichen Leistungen beruht, sondern von Geburt. Ganz stark in Deutschland, wo Reichtum vererbt wird. Überhaupt in der Art, wie sich mächtige Gruppen staatlicher Verfolgung entziehen können. Und wo der Einzelne, der viel arbeitet, viel leistet, nicht davon ausgehen kann, dass ihm das nützt. Das Leben also zum Glückspiel wird.

Die Reziprozität, dass sich Leistung lohnt, ist dabei nicht technisch zu verstehen. Die meisten Leute sind dieser Stelle keine rational kalkulierenden Akteure, die alles, was sie für andere tun, 1:1 gegenrechnen mit dem, was sie von diesen erhalten. Auch im Laborexperiment verhalten sich die meisten Menschen fair, altruistisch, kooperativ, ohne genau zu wissen, ob es ihnen unmittelbar nützt. Auch Experiment von Andreas Diekmann, hier Portemonnaies in der Großstadt, mit wichtigen Dokumenten der Person, die etwas verloren hat. Weit über die Hälfte, je nach Inhalt des Portemonnaies 60 bis 70 Prozent werden zurückgegeben. Und das ist deswegen wichtig, weil man die Person, der man hilft, ja nicht kennt. Es ist also ein verallgemeinertes, prosoziales Verhalten.

Rosanvallon geht sogar noch weiter und sagt, dass Solidarität gerade darauf beruht, dass man eben nicht im Detail weiß und wissen muss, wie sich die anderen verhalten. Es geht eher um ein Vertrauensverhältnis: Ich muss das gerade nicht wissen, weil ich davon ausgehe, dass es mit rechten Dingen zugeht. Damit gestehe ich anderen Menschen auch die Handlungsfreiheit zu in dem Vertrauen, dass ihr Handeln mit nicht schadet – und ich umgekehrt auch so handle, dass ich ihnen nicht schade.

Diese von mir erwähnte Zwangssolidarität die mit den Reformen Ende der 1990er Jahre in vielen Bereichen durchgesetzt wurde, wäre in diesem Sinne keine Solidarität. Denn sie beruht ja auf der genauen Kenntnis, was jemand leistet, und ob es genug ist, dass er oder sie Leistungen vom Staat

erwarten kann. Es fehlt, noch einmal, dann das Vertrauen, dass bei allen Unwägbarkeiten der Zukunft, die Gesellschaft eine möglichst gute Lösung für alle finden wird.

IN DER CORONA-KRISE

Wenn wir diese These ernst nehmen, dann musste die Pandemie eine denkbar schlechte Situation sein. Dass sie alle gleichermaßen betroffen habe, wie es am Anfang hieß, war zwar so falsch. Zur sozialen Ungleichheit, die sie an vielen Stellen verstärkte, komme ich noch. Was aber daran wahr ist: Sie erforderte und erfordert immer noch eine koordinierte Bewältigung einer höchst unsicheren, sich stetig wandelnden Situation. Ich erinnere nur an die neuen Varianten, die Anpassungen in den Modellen notwendig machten.

Wie das geht, das wussten wir nicht. Und meine These ist, dass wir uns immer noch reinfinden.

Die Versuche, diese Solidarität zu beschwören, wirkten so eher hilflos und fehlgeleitet. Vielleicht erinnern Sie sich an den Clip der Bundesregierung, einer der dutzenden Skandale dieser Pandemie. Da sah man einen alten Mann, Jahrzehnte in der Zukunft, der wie vom Krieg erzählte. Nur der Krieg war hier die Corona-Pandemie, und „Unsere Couch war die Front“. Die Regierung wollte damit die Bevölkerung animieren, im Lockdown auch wirklich zu Hause zu bleiben.

Sicher war das ironisch gemeint, aber es war in mehreren Hinsichten skandalös. Einerseits verhöhnte es die „systemrelevanten“ Berufe, die nun mal nicht zu Hause bleiben konnten: neben Beschäftigten in der Pflege und den Krankenhäusern die Angestellten aller Infrastruktursysteme, der Einzel- und nun mehr als je zuvor: der Versandhandel. Auffällig gerade Berufe, die ein geringes Prestige, und – mit Ausnahme etwa der Ärzteschaft – auch ein unterdurchschnittliches Einkommen haben. Nun von der Kampagne der Bundesregierung unsichtbar gemacht.

UNGLEICHHEIT

Doch auch andersherum schien das witzig gemeinte Video falsch. Denn während der Clip den Lockdown als kleines Abenteuer auf dem Sofa darstellte, wurde er auch für die Betroffenen bald zum Problem. Vereinsamung oder mangelnde körperliche Aktivität machten das Leben schwerer. Studierende konnten nicht mehr an die Universität, und sich auch nicht mehr finanzieren, wenn sie auf Jobs etwa in der Gastronomie angewiesen waren.

Soziale Dienste, Sozial- und Wohnungslosenhilfe, mussten zurückgefahren werden. Ich habe von Geschichten gehört, in denen Sozialarbeiter ihren Job riskierten, als sie die notwendige Hilfe unter

Missachtung der Lockdown-Regeln dennoch anboten. Hier verfügen Sie über einen viel breiteren Wissensschatz als ich.

Doch zweifellos am härtesten betroffen waren Familien. Sie mussten den Alltag ganz neu organisieren, ohne die entlastenden Leistungen von Kita, Schule, Sportvereinen. Am Anfang konnte man die Nähe genießen, doch das kippte bald. Inzwischen zeigen Studien ziemlich eindeutig, dass Frauen deutlich mehr leisten mussten. Von den Hilfsmaßnahmen profitierten sie umgekehrt weniger, wie nun noch einmal beeindruckende Studie vom WSI zeigt. 68 Prozent der insgesamt eingeplanten knapp 600 Milliarden Euro sind für Instrumente vorgesehen, die eher Männern nutzen dürften – vor allem Kurzarbeitergeld, das Männer mehr erhalten, da sie häufiger in Vollzeit tätig sind. Bei 25 Prozent ist der Nutzen gleich einzuschätzen. Nur 7 Prozent des Volumens wurden für Maßnahmen eingeplant, die Frauen eher nutzen können als Männern.

Besonders Kinder. Die in Deutschland im OECD-Vergleich sowieso ungewöhnlich hohe Abhängigkeit der Leistungen vom Elternhaus wurde noch einmal zementiert. Chaotische Zustände bei Umbau auf die digitale Lehre. Die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte rächten sich hier deutlich. Wie gut Schulen durch die Krise kamen, hing von der Einzelinitiative von Lehrern und Eltern ab.

Quer zu all diesem lagen auch ethnische Diskriminierungen. In Experimenten von Ruta Yemane und Hannah Arnu vom Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung wurden Hilfesuche in mehreren deutschen Städten ausgegangen. Jeder dritte Aushang mindestens eine Anzeige. Rückmeldungen mit ausländischen Namen aber signifikant weniger. Die Helfer übrigens eher weiblich, jung, gut gebildet, in Teilzeit arbeitend oder studierend.

GEGENKONZEPT

Diese vielen unterschiedlichen Betroffenheiten waren bekannt. Und es war auch, wie ich im Laufe der letzten anderthalb Jahre durch verschiedenste Gespräche aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich lernen durfte, eine Lobby da. Dazu die Wissenschaft. Meine persönlichen Eindrücke: Heinz Bude kam auf meine Chefin Jutta Allmendinger zu mit der Idee, einen Kreis zu organisieren, um die ministeriale Entscheidungsfindung interdisziplinär zu informieren. Aus diesen Überlegungen entstand schließlich übrigens das Kolloquium.

Doch nur wenig wurde daraus. Frau Allmendinger wiederum ging, wie Sie vielleicht mitbekommen haben, vor allem den Weg über die Medien. Von ihrer – freilich aus dem Kontext gerissenen – These, nach der Frauen durch die Pandemie 15 Jahre an Gleichberechtigung verlieren würden, kann man im

empirischen Detail halten, was man möchte. Tatsache ist, dass soziale Folgen der Maßnahmen damit überhaupt einmal auf den Tisch kamen – und das nach einigen Monaten der Pandemie.

Das war bitter, denn für die vielen unterschiedlichen Notlagen waren Ideen da. Die Studierenden, gerade in der Anfangsphase ohne Beschäftigung und um ihre Erwerbstätigkeiten gebracht, hätten massenhaft aktiviert werden können. Sie hätten Einkaufsdienste oder Hausaufgabenbetreuung besonders bei benachteiligten Kindern übernehmen können und sich durch damit gleichzeitig durch eine großzügige Bezahlung ihren Lebensunterhalt sichern können.

Es hätte ein allgemeines, offenes Sport- und Entspannungsprogramm geben müssen, das alle in den Lockdownphasen begleitet und ihnen ein Gemeinschaftsgefühl hätte geben können. Ebenso wäre das denkbar gewesen mit Unterrichtseinheiten über das Fernsehen, wie das etwa die BBC im Vereinigten Königreich anbot. Solche Sonderprogramme und breite staatliche Angebote, die Solidarität praktisch gemacht hätten, über die reine Kontakt- und Infektionsvermeidung hinausgingen, gab es jedoch kaum. Stattdessen starrte man auf die Zahlen.

Wenn ich daran denke, macht mich das unendlich traurig. Man spricht heute viel über die „Resilienz“ der Menschen. Doch ihre Fähigkeiten, Situationen nicht nur zu erdulden, sondern mit 1000 Wegen und Mitteln zu bewältigen, und aus staatlicher Sicht die notwendige Organisation und Unterstützung zu leisten, dafür gab und gibt es kaum Ansätze. Stattdessen jede Menge Einzelinitiativen, die mehr oder weniger erfolgreich versuchten, die Situation zu bessern.

RÜCKBEZUG

Doch ein gemeinsames positives politisches Projekt der Solidarität und des Vertrauens wurde nicht formuliert. Das erklärt, warum einerseits die ganze Potentiale kaum abgerufen wurden. Andererseits, warum kein Bewusstsein dafür bestand, dass unabhängig von der Infektion wirklich jeder betroffen ist – und zwar nicht nur als Individuum, sondern als Teil der Gesellschaft in jeweils unterschiedlichen Problemlagen, die sich nach Sozialstruktur, Milieu oder Lebenslage unterscheiden.

So auch die mangelnde Reziprozität. In dem misslungenen Clip hingen die Leute auf dem Sofa ab, anstatt sich um ihre körperliche und geistige Gesundheit und um ihre Mitmenschen zu kümmern, so gut es ging. Es wurde nicht gesagt: Wir erwarten deine Hilfe in dieser Herausforderung. Wir brauchen jetzt jede helfende Hand.

Es wurde nie der Versuch gemacht, die Pandemie zu einer großen gemeinsamen Aufgabe zu machen, in der jeder nach seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten einen Teil beizutragen hat – und zwar aktiv.

Das kann man dann Solidarität nennen, auch Patriotismus. Dass die Pandemie eine gemeinsame Kraftanstrengung ist, ein Nehmen und Geben unter großer Unsicherheit einfordert, drang nicht durch. Somit entstand mit der Zeit auch das Gefühl in erstaunlich breiten Teilen der Bevölkerung, keine besondere Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit zu haben.

QUERDENKER

So auch noch ein Wort zu den Impfgegnern. Ich benutze den Begriff hier pauschalisierend, und werde nicht etwas über die vielfältigen Ursachen solcher Bewegungen eingehen. Mir geht es um die Beobachtung, dass die ungewohnte Solidarität, in die man sich in Krise unter denkbar schlechten Umständen hineinzufinden suchte, von dieser Gruppe besonders markant aufgekündigt wird.

Zwei Dinge interessieren mich: Erstens die Andersbewertung des Todes. Man findet dann selbstverständlich ganz verschiedene Ausprägungen, und eine genauere Analyse müsste alle berücksichtigen. Bei denen, die die Existenz und die Gefährlichkeit des Virus zumindest nicht ganz leugnen, findet man Rechtfertigungen für den Tod anderer, die auf Individualität abzielen. Es sind dann die Alten, die Schwachen, deren Tod natürlich ist – und nicht durch die Gesellschaft verursacht. Die Gesellschaft erscheint als widernatürlich.

Zweitens die ästhetische Antigesellschaftlichkeit. Die Querdenker sind eine lose, performative Verbindung. Bei den Demonstrationen dafür auch einen besonderen ästhetischen Ausdruck. Kollegen haben in einer Bildanalyse die starken Unterschiede zu anderen Protestbewegungen untersucht. Eine Ästhetisierung des Individualismus, der Freiwilligkeit, des Sich-nichts-sagen-Lassens. Bunt, frei, wild. Aufgreifen von Alternativ- und Hippie-Ästhetiken, von Techniken der avatgardistischen Aktionskunst der 1960er Jahre. Auch in den Alltag getragen. Das Aufkünden dieses alltäglichen Miteinanders. Die Sabotage des gemeinsamen Anstehens an der Supermarktkasse.

SOLIDARITÄT DES ALLTAGS

Dieser Angriff auf den Alltag ist, und damit komme ich zum letzten Teil, von besonderer Bedeutung. Auf die lange Deutungsgeschichte der Solidarität bin ich hier nicht eingegangen. Wenn man aber eine große Linie in der Soziologie sieht, dann eine des Runterkochen. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert suchte man noch nach einer neuen Zivilreligion, die die gottlos gewordene Gesellschaft zusammenhalten könnte.

Über die letzten 100 Jahre hat man verstanden, es ist der Alltag, der das schafft. Das alltägliche Miteinander unter Freunden und Kollegen, in der Gemeinde und im Verein. Orte der Begegnung wie Bibliotheken oder auch der SPD-Ortsverein. Auf einer anderen Ebene sind es aber auch

Infrastrukturen, Verkehr, Information, aber auch soziale Infrastrukturen wie die Bildungs- und Ausbildungssysteme, das Gesundheitssystem.

Diese unzähligen Einrichtungen, deren Erhalt einen gewaltigen Teil der Gesamttätigkeit der Menschen in der Gesellschaft bindet, ermöglichen so etwas wie eine gelebte Solidarität, die in vielen Fällen gar nicht als das große Gefühl erfahren wird, das man sich unter dem Begriff „Solidarität“ vorstellt.

Ich denke, in der Pandemie sind wir an diesem Punkt angekommen, das zu erkennen. Dass die Solidarität keine große philosophische Geste erfordert, sondern eben das alltägliche Miteinander. Dass die alleinerziehende Mutter die Unterstützung der Schule und sozialer Dienste erhält. Dass man sich im Nahverkehr an die Regeln hält. Und, um das Krankenhauspersonal zu entlasten, sich eben impfen lässt.

FORTSCHRITTE

Zum Schluss will ich noch einmal auf die Geschichte zurückgreifen und sagen: Ja, es gibt Fortschritte. Der Historiker Malte Thießen hat kürzlich – zu Recht, wie ich finde – darauf hingewiesen, dass es riskant ist, Analogien aus der Geschichte zu ziehen. Was sich etwa beim Blick auf die Spanische Grippe zeigt, ist, wie selbstverständlich man damals den Tod insbesondere der Alten und Schwachen in Kauf nahm.

Thießen zitiert etwa eine Pressemeldung des Bundesgesundheitsamts zur Hongkong-Grippe Ende der Sechzigerjahre, die die Deutschen beruhigen sollte: Man müsse sich keine Sorgen machen, hieß es damals – ernsthaft betroffen seien nur Alte, Kranke, Diabetiker, Asthmatiker, Schwangere und so fort. Demgegenüber ist diese Position heute eine Randmeinung, und in der ganzen Breite des im Parlament vertretenen politischen Spektrums nicht mehr sagbar.

Ein anderes Beispiel der Absicherung sind die umfangreichen Hilfen, insbesondere das Kurzarbeitergeld. Hörte man über viele Jahre die Erzählung von der schwarzen Null: In der Notsituation konnten Unmengen neuer Schulden aufgenommen werden, um die Wirtschaft, aber auch die Arbeitnehmer zu schützen.

Hier gibt es, ich beziehe mich auf den Anfang, eben eine Gesellschaft – und diese Gesellschaft formuliert den Anspruch an sich selbst, Alte und Vorerkrankte nicht einfach so sterben zu lassen. Die Arbeit als Grundlage des Lebensunterhalts weiter Teile der Bevölkerung zu schützen. All das sind Dinge, um die kann sich der Einzelne nicht kümmern. Dafür braucht es die gesellschaftliche Garantie.

Das ist, ich sage es noch einmal, ein Fortschritt. Und es geht darum, in den vielen genannten Bereichen ausgleichend auf die Ungleichheit einzuwirken, berechnigte Interessen einzelner Gruppen nicht gegeneinander auszuspielen. Wie Politik und Gesellschaft den Einzelnen zur Erfüllung dieser Ansprüche in die Pflicht nimmt, das beobachten wir derzeit.